

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

18. WP - 40. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. November 2014, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Eichstädt (SDP)

Volker Dornquast (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Heike Franzen

### **Weitere Abgeordnete**

Bernd Heinemann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Akteneinsicht Sana Kliniken Lübeck (Antrag des Abg. Wolfgang Dudda [PIRATEN] in der letzten Sitzung)</b>	<b>6</b>
hier: Beschlussfassung gemäß Nummer 7 der Vereinbarung über das Verfahren bei Aktenvorlagenvorlagebegehren	
<b>2. Impfquoten verbessern - Masern eliminieren</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/1938</a>  (überwiesen am 20. Juni 2014)	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kinderschutzgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes</b>	<b>10</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/2310</a>  (überwiesen am 10. Oktober 2014)	
<b>4. Flächendeckende Geburtshilfe in Schleswig-Holstein nachhaltig sicherstellen</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/2256</a>  Änderungsantrag der Fraktionen der PIRATEN und FDP <a href="#">Drucksache 18/2364</a> (neu)	
<b>Flächendeckende Geburtshilfe im Krankenhausrahmenplan fortentwickeln</b>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/2368</a> - selbstständig -  (überwiesen am 10. Oktober 2014)	
<b>5. Wirksamkeit ambulanter Hilfen im Kontext von Kindeswohlgefährdungen</b>	<b>13</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/2025</a>  (überwiesen am 11. Juli 2014 zur abschließenden Beratung)	

- 6. Situation und Perspektiven der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein** **11**
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2027](#) (neu)
- (überwiesen am 11. Juli 2014 zur abschließenden Beratung)
- hierzu: [Umdrucke 18/3187, 18/3551](#)
- 7. Gerechtigkeit schaffen - Alleinerziehende steuerlich entlasten** **14**
- Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/1965](#)
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/2037](#) - selbstständig -
- (überwiesen am 19. Juni 2014 an den **Sozialausschuss** und den Finanzausschuss)
- 8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)** **15**
- Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/1247](#)
- (überwiesen am 13. Dezember 2013 an den Innen- und Rechtsausschuss)
- hierzu: [Umdrucke 18/2328, 18/2352, 18/2384, 18/2445, 18/2489, 18/2575, 18/2576, 18/2587, 18/2597, 18/2619, 18/2654](#)
- Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts -
- 9. Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen** **16**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1951](#)
- (überwiesen am 19. Juni 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)
- hierzu: [Umdrucke 18/3318, 18/3338, 18/3478](#)

- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein** **17**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/2234](#)
- (überwiesen am 9. Oktober 2014 an den **Finanzausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)
- 11. a) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein** **18**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU  
[Drucksache 18/2160](#)
- b) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein**
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2190](#)
- (überwiesen am 11. September 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europausschuss)
- 12. Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein** **19**
- Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/1371](#)
- (überwiesen am 21. Februar 2014 an den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss)
- hierzu: [Umdrucke 18/2705](#), [18/2735](#), [18/2828](#), [18/2860](#), [18/2882](#), [18/2895](#),  
[18/2896](#), [18/2900](#), [18/2923](#), [18/2924](#), [18/2925](#), [18/2926](#),  
[18/2927](#), [18/2935](#), [18/2936](#), [18/2941](#), [18/2942](#), [18/2946](#),  
[18/2954](#), [18/2955](#), [18/2989](#), [18/3016](#), [18/3018](#), [18/3029](#)
- 13. Verschiedenes** **20**

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Akteneinsicht Sana Kliniken Lübeck**

Antrag des Abg. Wolfgang Dudda [PIRATEN]

hier: Beschlussfassung gemäß Nummer 7 der Vereinbarung über das Verfahren bei Aktenvorlagenvorlagebegehren

Der Ausschuss beschließt, die Akten gemäß der Geheimschutzordnung des Landtages für vertraulich zu erklären und nur in nicht öffentlicher Sitzung darüber zu beraten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Impfquoten verbessern - Masern eliminieren**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1938](#)

(überwiesen am 20. Juni 2014)

Frau Dr. Marcic, stellvertretende Leiterin des Referats Grundsatzfragen der Gesundheitsversorgung, öffentlicher Gesundheitsdienst im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, verweist darauf, dass in dem Antrag darauf abgehoben werde, dass die Impfquoten in Schleswig-Holstein gegenüber anderen Ländern insbesondere im Hinblick auf Masern geringer sei. Einige der in dem Antrag genannten Punkte seien bereits vielfach in Schleswig-Holstein abgedeckt.

Es gebe Impfangebote für alle Altersgruppen überwiegend bei niedergelassenen Ärzten, ergänzend beim Ärztlichen Gesundheitsdienst und zum Teil auch bei Betriebsärzten. Insofern sei es nicht erforderlich, mehr Impfangebote zu schaffen; sie seien vorhanden. Es gehe vielmehr darum, eine Akzeptanz zu schaffen, dass die Impfangebote genutzt würden. Hier müsse man zwischen verschiedenen Altersgruppen unterscheiden.

Bei Kindern und Jugendlichen nehme Schleswig-Holstein eine gewisse Vorreiterfunktion ein. Bereits in 2000 sei beschlossen worden, dass bei der Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung eine ärztliche Bescheinigung des Impfstatus vorgelegt werden müsse. Dies führe dazu, dass Impflücken erkannt werden könnten. Dadurch würden viele Kinder erreicht.

Die Vorsorgeuntersuchungen bei Ärzten, zu denen seit Einführung des Einladungswesens eingeladen werde, würden fast vollständig genutzt. Damit gehe eine Abdeckung der Impfquoten bei Kindern einher. Auch bei der Einschulung werde auf mögliche Impflücken aufmerksam gemacht.

Großen Handlungsbedarf gebe es bei der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das sei auch die Gruppe, bei der im letzten Jahr die Ausbruchsfälle zu beobachten gewesen seien. Die Landesregierung habe begonnen, diese Zielgruppe stärker in den Fokus zu nehmen und sich entschlossen, gezielte Angebote zu machen. So haben etwa an der Christian-Albrechts-Universität Impfstage stattgefunden. Die Inanspruchnahme sei sehr gut gewesen.

Organisiert worden sei dies durch den öffentlichen Gesundheitsdienst. Unterstützt worden sei das Gesundheitsamt in Kiel durch die Gesundheitsämter Plön und Lübeck. Beabsichtigt sei, derartige Aktionen auch an anderen Bildungsstandorten anzubieten.

Erwachsene könnten zum Beispiel über Betriebsärzte erreicht werden. Deshalb werde weiterhin das Ziel verfolgt, dass Betriebsärzte Impfungen auf Kosten der Krankenkassen anbieten dürften. Das sei derzeit nicht möglich.

Etabliert sei eine Fachtagung zum Impfen. Diese Reihe werde mit wechselnden Schwerpunkten fortgeführt.

Parallel dazu sei das Kommunikationskonzept der Impfkampagne hinterfragt worden. Ausgeschrieben worden sei ein Kommunikationskonzept auf einer Internetplattform. Es solle ein Internetauftritt stattfinden, der sich sowohl an die Fachöffentlichkeit als auch an die Bevölkerung wende. Die Ausschreibung solle Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein.

Auf eine Frage der Abg. Dr. Bohn antwortet Frau Dr. Marcic, dass es für diejenigen Flüchtlinge, die über die Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster kämen, ein geregeltes Aufnahmeverfahren gebe, das auch eine Untersuchung zum Inhalt habe. Bestandteil der Aufnahme sei auch ein Impfangebot. Sie könne allerdings keine Zahlen nennen. Dort ankommende Kinder würden vom Kinderarzt untersucht und erhielten ebenfalls ein Impfangebot. Impfangebote gebe es ebenfalls für nicht Versicherte, und zwar vom öffentlichen Gesundheitsdienst. Dieses Angebot gelte für alle Standardimpfungen. Grundsätzlich könnten dies alle Ämter machen. Allerdings seien nicht alle Kreise aus personellen Kapazitäten dazu in der Lage.

Zu den besseren Impfquoten in anderen Ländern gibt sie zu bedenken, dass das Ergebnis schwer zu beurteilen sei, solange die genaue Datenerhebung nicht bekannt sei, sodass daraus geschlossen werden könne, dass eine Vergleichbarkeit gegeben sei.

Die Impfkaktion an der CAU Kiel - so auf eine Frage des Abg. Dornquast - habe vom 30. Juni bis 2. Juli 2014 stattgefunden.

Im Folgenden entwickelt sich eine kurze Diskussion mit Abg. Dr. Garg im Hinblick auf ein „niedrigschwelliges Impfangebot“. Frau Dr. Marcic befürwortet ein solches, hält aber eine ärztliche Indikation bei einer Impfung für geboten. Sie wiederholt ihren Vorschlag, Betriebsärzten die Möglichkeit zu geben, Impfungen durchzuführen.



Abg. Jasper erkundigt sich nach Maßnahmen bei Eltern, die grundsätzlich Bedenken gegen Impfungen hätten. Frau Dr. Marcic legt dar, dass derartige Bedenken bei der aufzubauenden Internetplattform berücksichtigt werden sollten. Es gebe eine Untersuchung mit dem Namen „Einflüsse impfkritischer Internetseiten auf die Wahrnehmung der Impfung“, die bei der Erstellung der Inhalte der Seite Berücksichtigung finden sollten. Im Übrigen sei die Gruppe der Impfgegner klein. Häufig ließen sich diese Personen durch Informationen überzeugen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kinderschutzgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/2310](#)

(überwiesen am 10. Oktober 2014)

Abg. Dr. Tietze spricht eine Berichterstattung über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Vormünder an und erkundigt sich danach, ob für diese auch § 8 b Kinderschutzgesetz gelte. Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, bejaht diese Frage. Sie könne allerdings nicht sagen, ob tatsächlich alle Bestimmungen der Sozialgesetzbücher auch auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angewandt würden. Es könne durchaus sein, dass - wie Abg. Dr. Tietze angesprochen habe - bestimmte Rechtsbestimmungen nicht zur Geltung kämen. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der überwiegende Teil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht in Schleswig-Holstein bleibe. Ziel der meisten sei ein skandinavisches Land. Nach einem Aufgriff setzten diese sich häufig wieder dorthin in Bewegung.

Auf Antrag des Abg. Dr. Garg beschließt der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 14. November 2014 benannt werden. Als Termin für die Abgabe der Stellungnahme wird der 31. Dezember 2014 festgelegt.

Punkt 4 und 6 der Tagesordnung:

**Flächendeckende Geburtshilfe in Schleswig-Holstein nachhaltig sicherstellen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2256](#)

Änderungsantrag der Fraktionen der PIRATEN und FDP

[Drucksache 18/2364](#) (neu)

**Flächendeckende Geburtshilfe im Krankenhausrahmenplan fortentwickeln**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2368](#) - selbstständig -

(überwiesen am 10. Oktober 2014)

**Situation und Perspektiven der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2027](#) (neu)

(überwiesen am 11. Juli 2014 zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 18/3187](#), [18/3551](#)

Nach einer kurzen Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, die von der Landesregierung zu erarbeitende Konzeption abzuwarten, die voraussichtlich in die Mai-Tagung 2015 eingebracht werden wird. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auf Anträge in diesem Kontext verzichtet werden.

Die Landesregierung erklärt sich bereit, das aus [Umdruck 18/3551](#) ersichtliche Anliegen aufzugreifen und in ihrer Konzeption zu berücksichtigen.

Der Ausschuss kommt sodann überein, die Beratung der Anträge zurückzustellen. Er erwartet, dass die Landesregierung bis zur 31. Tagung ein Konzept vorlegt.

Den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/2027](#) (neu), nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Wirksamkeit ambulanter Hilfen im Kontext von Kindeswohlgefährdungen**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2025](#)

(überwiesen am 11. Juli 2014 zur abschließenden Beratung)

Auf Antrag des Abg. Baasch beschließt der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 14. November 2014 benannt werden. Als Termin bis zur Abgabe der Stellungnahme wird der 31. Januar 2015 festgelegt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Gerechtigkeit schaffen - Alleinerziehende steuerlich entlasten**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1965](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2037](#) - selbstständig -

(überwiesen am 19. Juni 2014 an den **Sozialausschuss** und den Finanzausschuss)

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Landtag im Einvernehmen mit dem mitberatenden Finanzausschuss, dem Plenum den Änderungsantrag der Koalition zur Annahme zu empfehlen mit der Maßgabe, folgenden Satz anzufügen:

„Für den Fall, dass die Bundesregierung trotz Aufforderung der Länder nicht tätig wird, wird Schleswig-Holstein eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einbringen.“

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wird dem Landtag empfohlen, den FDP-Antrag [Drucksache 18/1965](#) für erledigt erklärt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1247](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2013 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/2328, 18/2352, 18/2384, 18/2445, 18/2489, 18/2575, 18/2576, 18/2587, 18/2597, 18/2619, 18/2654](#)

- Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts -

Abg. Baasch schlägt Zustimmung zu dem Gesetzentwurf vor.

Abg. Rathje-Hoffmann beantragt die Durchführung einer mündlichen Anhörung. Abg. Dr. Bohn argumentiert, die schriftlichen Stellungnahmen seien eindeutig. Sie legt dar, auch ihre Fraktion unterstütze den Gesetzentwurf.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Sozialausschuss den Gesetzentwurf im Rahmen des Selbstbefassungsrechts berate. Er schlägt daher vor, den Antrag, eine mündliche Anhörung durchzuführen, im dafür zuständigen Innen- und Rechtsausschuss zu stellen.

Abg. Dr. Garg weist auf den Kreis der vom Innen- und Rechtsausschuss festgelegten Anzuhörenden hin, die schriftlich Stellung genommen hätten. Auch er hält die Stellungnahmen für eindeutig und bittet darum, in der Sache abzustimmen.

Daraufhin zieht Abg. Rathje-Hoffmann ihren Antrag auf Durchführung einer Anhörung zurück.

Der Ausschuss empfiehlt dem Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der CDU, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1951](#)

(überwiesen am 19. Juni 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/3318, 18/3338, 18/3478](#)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Innen- und Rechtsausschuss beabsichtigt, am 3. Dezember 2014 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Er bittet, daran beteiligt zu werden und den Mitgliedern des Sozialausschusses nachrichtlich eine Einladung zukommen zu lassen.



Punkt 10 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/2234](#)

(überwiesen am 9. Oktober 2014 an den **Finanzausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der federführende Finanzausschuss beschlossen hat, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, und schließt sich dem dort gewählten Verfahren an.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**a) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU

[Drucksache 18/2160](#)

**b) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2190](#)

(überwiesen am 11. September 2014 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss)

Der Ausschuss schließt sich dem vom Innen- und Rechtsausschuss gewählten Verfahren an.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1371](#)

(überwiesen am 21. Februar 2014 an den **Bildungsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/2705, 18/2735, 18/2828, 18/2860, 18/2882, 18/2895, 18/2896, 18/2900, 18/2923, 18/2924, 18/2925, 18/2926, 18/2927, 18/2935, 18/2936, 18/2941, 18/2942, 18/2946, 18/2954, 18/2955, 18/2989, 18/3016, 18/3018, 18/3029](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Peter Eichstädt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin